I 52573

VÖLKER FORDERN FRIEDEN

TATSACHEN UND DOKUMENTE

Die Völker fordern Frieden

(Tatsachen und Dokumente)

WIEN 1952

52573

INHALT

Einleitung 3

Kommuniqué des Sekretariats des Weltfriedensrates . . 5

Zweite Tagung des Weltfriedensrates 6

Resolution des Weltfriedensrates über die Abrüstung . . 9

Resolutionen des Weltfriedensrates 11

Fünfte Tagung des Generalrats des Weltgewerkschaftsbundes 18

Appell des Generalrats des Weltgewerkschaftsbundes an die 6. Tagung der UNO-Vollversammlung 30

Brief an die Internationale Konföderation freier Gewerkschaften 36

Die Verleihung des Internationalen Stalinpreises 42

52.121

STUDIEN-BIBLIOTHEK LINZ

Einleitung

Ende 1951 nahmen zwei bedeutende internationale Organisationen — der Weltfriedensrat und der Weltgewerkschaftsbund — in Wien bzw. in Berlin eine Reihe überaus wichtiger Beschlüsse, Kundgebungen und Aufrufe an, in denen eine tiefschürfende Analyse der gegenwärtigen Lage und ein konkretes Aktionsprogramm für Millionen von Männern und Frauen gegeben wurde, die für Frieden und internationale Sicherheit kämpfen. In dieser Broschüre werden die wichtigsten Beschlüsse der beiden Organisationen veröffentlicht.

Kommuniqué des Sekretariats des Weltfriedensrates

Der Stand der Unterschriftensammlung für den Aufruf des Weltfriedensrates zum Abschluß eines Friedenspaktes

Das Sekretariat des Weltfriedensrates veröffentlicht ein Kommuniqué über den Stand der Unterschriftensammlung für den Aufruf des Weltfriedensrates zum Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten. Dieses Kommuniqué besagt, daß im Verlaufe der Kampagne für den Abschluß eines Friedenspaktes bis zum 1. Jänner 1952 596302298 Unterschriften gesammelt wurden, darunter in den einzelnen Ländern:

Albanien 865885, Algerien 120000, Deutschland (Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für Abschluß eines Friedenspaktes) 16700000, Argentinien 3000000, Australien 90000, Österreich 871021, Belgien 409092, Birma 129830, Bolivien 8500, Brasilien 3000000, Bulgarien 5627000, Kanada 270000, Chile 500000, China 344530057, Zypern 103824, Kolumbien 25000, Korea 7047821, Costarica 34000, Kuba 850000, Dänemark 128278, Ägypten 100000, Spanien 400000, Finnland 550000, Frankreich 10000000, England 833000, Griechenland 36725, Guatemala 100000, Holland 342598, Ungarn 7148000, Indien 1700000, Indonesien 609163, Irak 20000, Iran 1961198, Israel 354159, Italien 16000000, Japan 6000000, Libanon 200000, Mexiko 300000, Mongolei 633877, Norwegen 30000, Pakistan 14000, Paraguay 16000, Peru 5578, Polen 18053000, Portoriko 20000, Portugal 40000, Rumänien 11060141, Thailand 152531, Schweden 265000, Schweiz 61800, Syrien 265000, Tschechoslowakei 9020522, Transjordanien 22000, Triest 80000, Tunesien 130000, Südafrikanische Union 5000, UdSSR 117669320, Uruguay 216000, Venezuela 45000, Vietnam 7532378.

Prag, den 3. Jänner 1952

Zweite Tagung des Weltfriedensrates
Wien

1. bis 7. November 1951

Appell des Weltfriedensrates an die Organisation der Vereinten Nationen und an die Völker der Welt

Die Tagung des Weltfriedensrates faßte die Entschließung, folgenden Appell an die Organisation der Vereinten Nationen zu senden:

An den Vorsitzenden der Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen

Paris

Der in Wien zusammengetretene Weltfriedensrat wendet sich an die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen, an die öffentliche Meinung und an die Völker der Welt.

Die Zuspitzung der internationalen Lage in den letzten Monaten ruft bei Männern wie Frauen in allen Ländern Sorge und Unruhe hervor. Jeder wünscht, daß die fünf Großmächte, die kraft der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen wie auch infolge ihrer Macht die Verantwortung für den Weltfrieden tragen, Verhandlungen einleiten und ein Abkommen erzielen. Deshalb ist in den Augen der öffentlichen Meinung der Welt die Kampagne, die der Weltfriedensrat für den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten führt, durch den Gang der Ereignisse und die gegenwärtige Erfolglosigkeit anderer Methoden gerechtfertigt.

Der Weltfriedensrat lenkt die Aufmerksamkeit der Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen insbesondere auf folgende Momente:

1. Frieden und internationale Zusammenarbeit können nicht die Folge von Beschlüssen sein, die eine Mehrheit von Mitgliedsstaaten, die zudem meistens die Minderheit der Menschheit vertreten, faßt und der ganzen Welt aufzwingt. Nur durch Verhandlungen und Übereinkünfte können Abkommen erreicht werden, wie sie für die friedliche Entwicklung der ganzen Welt erforderlich sind.

Bild von der Tagung des Weltfriedensrates in Wien (1.—7. 11. 1951)

Insofern sich solche Abkommen im besonderen auch auf Asien erstrecken müssen, verlangen es Erwägungen der Gerechtigkeit und eine reale Einschätzung der internationalen Politik, daß die Regierung der Chinesischen Volksrepublik in die Organisation der Vereinten Nationen zugelassen wird.

2. Das Scheitern der Konferenz, zu der die Stellvertreter der vier Außenminister zusammengetreten waren, wie auch die Abkommen, die in Washington und Ottawa auf der sechsten Ratstagung der Atlantikunion geschlossen wurden, erschweren alle Abrüstungsmaßnahmen, geben dem deutschen Volk keine Möglichkeit, selbst über seine Wiedervereinigung zu entscheiden, und verstärken die Kriegsgefahr in Europa. Verhandlungen zwischen den Großmächten können erheblich schneller dazu führen, daß ein geeintes, demokratisches und entmilitarisiertes Deutschland geschaffen wird. Eine solche Lösung der Frage entspricht gleichzeitig dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, den Interessen der Nachbarn Deutschlands und auch den Interessen des Friedens.

Daher fordert der Weltfriedensrat die Organisation der Vereinten Nationen auf, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Ein-

Kundgebung der Wiener Bevölkerung anläßlich der Tagung des Weltfriedensrates vom 1.—7.11.1951

haltung der internationalen Abkommen über die Abrüstung Deutschlands erreicht und der Abschluß eines Friedensvertrags beschleunigt wird, der es gestatten würde, die Okkupationstruppen abzuziehen und ein geeintes und demilitarisiertes Deutschland wiederherzustellen.

3. Die Wiederherstellung des Friedens in Asien berührt die Interessen der gesamten Menschheit. Die Möglichkeiten, diesen Frieden wiederherzustellen, wurden durch die in San Franzisko mit Japan geschlossenen Verträge ernsthaft geschmälert. Die Wiederherstellung dieses Friedens setzt voraus, daß nicht nur allen Kampfhandlungen, die gegenwärtig, vor allem in Korea, im Gange sind, durch den Abschluß von Waffenstillstandsabkommen ein Ende gesetzt wird, sondern daß auch die Rechte der Völker Asiens auf Unabhängigkeit und territoriale Integrität ohne jede ausländische Einmischung gewährleistet werden.

4. Die Erhaltung des Friedens im Mittleren Osten und in Nordafrika kann nicht auf befriedigende Weise sichergestellt werden, wenn die Abkommen und Statusse, die dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung widersprechen, weiter in Kraft bleiben. Das Recht der Völker Ägyptens, des Iran, Marokkos und aller anderen Länder des Nahen

und Mittleren Ostens und Nordafrikas, ihre Angelegenheiten selbständig, ohne ausländischen Druck, ohne fremde Einmischung und ohne militärische Okkupation, sei sie offen oder getarnt, zu verwalten und zu entscheiden, muß anerkannt, und zwar praktisch anerkannt werden.

5. Die Aufrüstung kann den Völkern nur unausbleiblichen Ruin bringen und bedroht sie mit einem für die Menschheit verheerenden Krieg. Deshalb ist es notwendig, den Weg einer gleichzeitigen, fortschreitenden und wirksam kontrollierten Abrüstung zu beschreiten.

Eine solche Abrüstung muß insbesondere das Verbot der Atomwaffe und anderer Massenvernichtungsmittel einschließen, deren Anwendung von der allgemein geltenden Moral verurteilt wird. Der Weltfriedensrat fordert die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen auf, die heute, am 6. November 1951, in Wien angenommene Resolution über die Abrüstung auf ihre Tagesordnung zu setzen. Dieser Vorschlag kann unter keinen Umständen eine Störung des Gleichgewichts zum Vorteil oder Nachteil des einen oder anderen Staates herbeiführen. Durch das strenge Kontrollsystem, das dieser Vorschlag vorsieht, garantiert er die Sicherheit aller Staaten in jedem Stadium der Abrüstung.

Wir legen diesem Dokument die vom Weltfriedensrat angenommene Resolution über die Abrüstung bei.

Der Weltfriedensrat ist überzeugt, daß der Krieg nicht unvermeidlich und daß das friedliche Nebeneinanderbestehen verschiedener politischer und sozialer Systeme möglich ist, daß seine Vorschläge somit den Interessen der gesamten Menschheit entsprechen.

Nehmen Sie, Herr Vorsitzender, die Versicherung unserer Hochachtung entgegen.

Resolution des Weltfriedensrates über die Abrüstung

Die Aufrüstung erzeugt ein Wirtschaftschaos und stürzt die Völker ins Elend; sie kann nur zum Krieg führen. Es ist falsch, zu behaupten, daß aufgeblähte Rüstungen als wirksames Mittel dienen können, Verhandlungen anzubahnen.

Die Aufrüstung, die aus Unkenntnis über den Rüstungsstand der einen wie der anderen Seite erfolgt, erzeugt Mißtrauen. Der einzige Weg zur Sicherheit besteht in einer ehrlichen Abrüstung, die unter Kontrolle durchgeführt wird.

Deshalb fordern wir die fünf Großmächte — die Vereinigten

Staaten von Amerika, die Sowjetunion, die Chinesische Volksrepublik, Großbritannien und Frankreich —, die über die stärksten Rüstungen verfügen und denen die in San Franzisko angenommene Satzung der Organisation der Vereinten Nationen die Pflicht auferlegt, über den Weltfrieden zu wachen, dazu auf, eine Abrüstungskonvention zu schließen.

Damit würden sie ihren Friedenswillen augenfällig beweisen.

Verbot der Massenvernichtungswaffen

Die fünf Großmächte sollen in dieser Konvention eine Verständigung über das absolute Verbot der Atomwaffe und jeder beliebigen mit der Atomenergie zusammenhängenden Waffe wie auch jeder anderen Massenvernichtungswaffe erreichen.

Dieses Verbot soll durch eine strenge Kontrolle nicht nur über die deklarierten Waffen und Anlagen, sondern auch über die nichtdeklarierten, aber vermuteten Waffen und Anlagen sichergestellt werden.

Fortschreitende und gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen

In dieser Konvention sollen die fünf Großmächte eine Übereinkunft über die allmähliche und kontrollierte Einschränkung aller Waffenarten und über eine Kontrolle treffen, wie die Übereinkunft eingehalten wird.

Wir fordern dazu auf, die Rüstungseinschränkung derart vorzunehmen, daß bis Ende 1952 ein Drittel bis zur Hälfte aller deklarierten, festgestellten und anerkannten Waffen erfaßt werden und daß in jedem Stadium der Abrüstung die Sicherheit aller Beteiligten gewährleistet bleibt.

Wir schlagen vor, daß die Proportionen und Fristen bei der Einschränkung der verschiedenen Waffenarten und Streitkräfte sowie der Rüstungsproduktion unter Berücksichtigung sowohl des tatsächlichen Standes der Bewaffnung, der Streitkräfte und der Rüstungsproduktion als auch der Einwohnerzahl, der Ausdehnung der Grenzen und des Verkehrsnetzes jedes Landes festgelegt werden.

Kontrolle über die Bestandsaufnahme der Bewaffnung

Auf die Annahme einer internationalen Konvention, die das Verbot der Atomwaffe und die Durchführung der Abrüstung um ein Drittel bis zur Hälfte obligatorisch macht, soll unverzüglich eine allgemeine Bestandsaufnahme sämtlicher Waffenarten und Streitkräfte sowie die Einführung eines internationalen Inspektions- und Kontrollsystems folgen, um zu überprüfen, ob die in der Konvention vorgesehenen Maßnahmen ausgeführt werden.

Diese internationale Kontrolle soll sich nicht nur auf die von den Unterzeichnern der Konvention vorgelegten Informationen erstrecken, sondern zum Zweck der Überprüfungen auch alle nichtdeklarierten,

aber vermuteten Waffenbestände, Streitkräfte oder Rüstungsproduktionsanlagen vorgenommen werden.

Unser Appell richtet sich an die Organisation der Vereinten Nationen, an die fünf Großmächte und an alle Völker. Er entspricht dem Geist der Resolutionen, die der vom 16. bis 22. November 1950 in Warschau abgehaltene Zweite Weltfriedenskongreß gefaßt hat.

Die allmähliche und gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen, die ein Schritt auf dem Wege zur vollständigen Abrüstung ist, wird, wenn sie auch den Waffenfabrikanten nicht gefallen mag, die Furcht vor einer Aggression zerstreuen, die Sicherheit aller Völker verstärken und sie von einer unerträglichen Last befreien.

Resolutionen des Weltfriedensrates

Über die Kampagne für den Abschluß eines Friedenspakts der fünf Großmächte

Der Weltfriedensrat mißt den Ergebnissen der grandiosen Unterschriftensammlung für den Appell zum Abschluß eines allen Staaten zugänglichen Friedenspaktes der fünf Großmächte höchste Bedeutung bei.

Die Forderung nach Abschluß eines Friedenspakts wurde zum erstenmal in dem feierlichen Appell an die Völker formuliert, der am 25. Februar 1951 von der Tagung des Weltfriedensrates in Berlin angenommen wurde.

Die 562 Millionen Unterschriften, die in 64 Ländern unter den Appell gesetzt wurden, beweisen heute, daß dieser Appell das sehnliche Hoffen aller Völker und ihren machtvollen Willen richtig zum Ausdruck gebracht hat.

Die Völker wünschen aufrichtig, daß sich bei den Regierungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen das Prinzip und die Methode friedlicher Verhandlungen und nicht Gewaltanwendung und Gewaltandrohung durchsetzen. Deswegen erklären die Völker, daß sie den Appell zum Abschluß eines Friedenspakts unterstützen.

Der Friedenspakt wird zur Beilegung der bestehenden Konflikte beitragen; er wird den Weg zu einer fortschreitenden, kontrollierten Abrüstung bahnen; er wird die Rückkehr zu den normalen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen ermöglichen, die für alle so wichtig und ersprießlich sind.

Der Weltfriedensrat fordert alle Landesfriedenskomitees auf, die Kampagne für den Abschluß eines Friedenspakts fortzusetzen und zu verstärken.

Der Weltfriedensrat fordert alle an der Aufrechterhaltung des Friedens interessierten Gruppen, Organisationen und Personen auf, in gemeinsamer Aktion den Abschluß des Friedenspakts zu erkämpfen.

Über das deutsche Problem

Die Abkommen von Washington und Ottawa, mit denen ohne jede Zurateziehung des deutschen Volkes die Remilitarisierung Westdeutschlands sanktioniert wurde, haben alle Völker vor eine vollendete Tatsache gestellt und sie einer schweren Gefahr ausgesetzt.

Die Wiedererweckung des Nazismus in Westdeutschland und vor allem die Rolle, die man die ehemaligen Nazigenerale spielen läßt, indem man sie an die Spitze einer neuen deutschen Armee stellt, bedeuten eine ernste Gefahr für die ganze Welt und insbesondere für das deutsche Volk und seine Nachbarn.

Diese Remilitarisierung, die Weigerung, Deutschland wieder als einheitlichen und friedliebenden Staat aufzubauen, die Tatsache, daß man das deutsche Volk hindert, selber über die Einheit des Landes Beschlüsse zu fassen, die Verlängerung und Verstärkung der Okkupation des Landes durch ausländische Truppen — all dies ist dazu angetan, einen Weltkonflikt heraufzubeschwören.

Wir fordern die Völker auf, wachsam zu sein und Aktionen zu unternehmen, die eine Viermächtezusammenkunft zum Abschluß eines Vertrags mit einem demilitarisierten, einheitlichen und friedliebenden Deutschland zum Ziel haben, eines Vertrags, der den Frieden in Europa gewährleisten wird.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß sich der Volksprotest in Deutschland verstärkt, und begrüßen die Aktionen, die die verschiedensten Gruppen und Personen gegen die Bewaffnung Deutschlands und für die Einheit Deutschlands unternehmen.

Dieser Kampf des deutschen Volkes bildet einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung des Friedens und muß Hand in Hand gehen mit den Aktionen der Völker, die in die Durchführung des Aufrüstungsprogramms hineingezerrt worden sind. Dadurch, daß diese Völker ihre Aktionen mit denen des deutschen Volkes koordinieren, werden sie ihre Solidarität demonstrieren und auf diese Weise gewährleisten, daß das Problem eine friedliche Lösung findet.

Der Weltfriedensrat wird folgende Vorschläge fördern und unterstützen:

Zusammenkünfte und Besprechungen zwischen repräsentativen Persönlichkeiten Deutschlands und seiner Nachbarländer;

gegenseitige Besuche führender Wirtschaftler und Kulturschaffender aller Fachgebiete;

Teilnahme von Vertretern Deutschlands an Massenaktionen für den Frieden.

In Anbetracht der ernsten Gefahr, die die Wiederaufrüstung Deutschlands für alle Völker darstellt, fordert der Weltfriedensrat die entsprechenden Landesfriedenskomitees auf, den Kampf für eine friedliche Lösung der deutschen Frage aufs engste mit allen anderen Friedensaktionen zu verknüpfen, die sie durchführen.

Über Korea

Alle Völker begrüßen hoffnungsvoll die Aufnahme der Verhandlungen über Feuereinstellung in Korea. Das Büro des Weltfriedensrates hob auf seiner Sitzung in Helsinki hervor, daß es der Wachsamkeit der öffentlichen Meinung bedarf, damit das Verhandlungsprinzip triumphiere. Die verflossenen vier Monate, in denen keinerlei Ergebnis erzielt wurde, beweisen, daß dieser warnende Hinweis berechtigt war.

Die Verhandlungen haben sich unter dem Einfluß derjenigen in die Länge gezogen, die den Konflikt ausweiten wollen, und heute sind nach wie vor erbitterte Kämpfe im Gange, werden immer noch blutige Vernichtungsakte begangen.

Nur Aufrichtigkeit bei den Verhandlungen und deren Unterstützung durch die Öffentlichkeit können zur Erzielung eines Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten führen und eine friedliche Lösung ermöglichen, die dem koreanischen Volk das Recht wiedergibt, selbst über sein Schicksal zu entscheiden.

Der Weltfriedensrat fordert die kriegführenden Parteien auf, den koreanischen Konflikt schnellstens durch friedliche Verhandlungen auf der Basis der Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit beizulegen. Der Weltfriedensrat appelliert an alle Völker der Welt, diese Forderung zu unterstützen.

Über den japanischen Friedensvertrag

Unter Bruch der internationalen Abkommen und unter Mißachtung der Interessen des Friedens wurde am 8. September 1951 in San Franzisko ein separater Friedensvertrag mit Japan unterzeichnet.

Dieser gegen den Willen der Chinesischen Volksrepublik, der Sowjetunion, Indiens und Birmas unterzeichnete Vertrag kann keinesfalls zur Herstellung des Friedens in Asien beitragen.

Mehr noch, dieser Vertrag, dessen unmittelbare Folge die Remilitarisierung Japans und das weitere Verbleiben ausländischer Truppen auf japanischem Boden ist, wie dies der amerikanisch-japanische Sicherheitspakt vorsieht, führt zu einer ernsten Verstärkung der Kriegsgefahr im Pazifikraum.

Dieser Vertrag mißachtet den Friedenswillen und die Souveränitätsrechte des japanischen Volkes, erlegt ihm die schwere Last der Aufrüstung auf und führt unvermeidlich zur Wiederherstellung des japanischen Militarismus und zu Störungen im japanischen Wirtschaftsleben.

Der Weltfriedensrat erklärt erneut, daß ein wirksamer Friedensvertrag mit Japan Gegenstand von Verhandlungen sein muß, die in erster Linie zwischen der Chinesischen Volksrepublik, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Sowjetunion und Großbritannien zu führen sind, und mit allen interessierten Ländern vereinbart werden muß. Nur ein solcher Vertrag wird die Kriegsgefahr im Pazifikraum bannen, zum Abzug der ausländischen Truppen führen, der Remilitarisierung Japans Einhalt gebieten und zu einem friedlichen Fortschritt des japanischen Volkes beitragen.

Im Gegensatz hierzu bürden die den Philippinen, Australien und Neuseeland oktroyierten Militärpakte diesen Völkern eine schwere Last auf und bilden eine Gefahr für den Weltfrieden.

Der Weltfriedensrat begrüßt das japanische Volk, das für den Frieden kämpft, und fordert es auf, seine Bemühungen mit denen seiner Nachbarländer zu vereinen, damit im Fernen Osten der Frieden wiederhergestellt werde.

Der Weltfriedensrat fordert alle Freunde des Friedens in Asien und im Pazifikraum, darunter auch das japanische Volk, auf, in nächster Zeit eine regionale Friedenskonferenz abzuhalten. Zweck dieser Konferenz muß es sein, eine friedliche Regelung des japanischen Problems und damit die Beseitigung einer schweren Gefahr für den Weltfrieden zu erwirken.

Über den Mittleren und den Nahen Osten

Die Kriegsgefahr im Nahen und im Mittleren Osten und in Nordafrika hat sich ernstlich verstärkt, da diese Länder einem immer schwereren militärischen und politischen Druck ausgesetzt sind. Die Völker vom Iran bis Marokko setzen sich jedoch gegen diesen Druck zur Wehr, läuft er doch ihrem Streben nach wirtschaftlicher und nationaler Unabhängigkeit und nach Erhaltung des Friedens zuwider.

Der Weltfriedensrat verurteilt die Versuche, den Völkern des Mittelmeerraums, des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas einen Militärpakt aufzuzwingen, als eine ernste Bedrohung des Weltfriedens.

In Ägypten treffen schon neue ausländische Truppen ein, Ägypter werden auf ihrem eigenen Boden getötet. Die Bemühungen des ägyptischen Volkes, sich der Bürde von Verträgen zu entledigen, die unvereinbar sind mit seinem Recht, Herr im eigenen Hause zu sein, sind berechtigt und gesetzmäßig.

Der wachsende Widerstand der Völker des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas gegen das Verbleiben ausländischer Truppen im Gebiet dieser Länder, gegen die Auslieferung der strategischen Stützpunkte und gegen den Raub der nationalen Reichtümer — ein Widerstand, dessen erste entscheidende Bekundung die Aktionen des iranischen Volkes sind — bedeutet einen großen Beitrag zur Sache des Friedens.

Die Weigerung des ägyptischen Volkes, sich an dem abenteuerlichen Kriegspakt zu beteiligen, in den man es hereinzerren will, bestärkt die Völker im Glauben an ihre Kräfte und stellt einen unschätzbaren Beitrag zur Erhaltung des Friedens im Mittelmeerraum und in der ganzen Welt dar.

Der Weltfriedensrat fordert den unverzüglichen Abzug aller fremden Truppen aus Ägypten und dem Sudan, um diese Länder in die Lage zu versetzen, ungehindert über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden.

Über Südostasien und Vietnam

In Übereinstimmung mit den Prinzipien der UNO-Satzung hat der Weltfriedensrat stets das Recht der Völker anerkannt, über ihre eigenen Angelegenheiten zu entscheiden und ihre Konflikte ohne fremde Einmischung beizulegen. Er erklärt, daß latente wie auch bereits ausgebrochene Konflikte in Südostasien nur unter Zugrundelegung dieser Prinzipien zu lösen sind.

Was die zurzeit in Südostasien sich abspielenden Konflikte angeht, so hebt der Weltfriedensrat hervor, daß die Entwicklung des Kriegs in Vietnam, der auf Laos und Kambodscha übergreift, die Gefahr eines neuen Weltkriegs verstärkt.

Der Weltfriedensrat fordert die unverzügliche Feuereinstellung in Vietnam und verlangt, daß dort zugleich Verhandlungen über eine allgemeine Regelung des Konflikts aufgenommen werden, zu deren unerläßlicher Bedingung die Zurücknahme der ausländischen Truppen gemacht werden muß.

Alle Konflikte, die noch ausbrechen können sowie alle sonstigen bereits ausgebrochenen Konflikte, wie die in Birma, auf den Philippinen, in Malaia usw., müssen auf Grund der erwähnten Prinzipien und mit den gleichen Methoden beigelegt werden.

Über die Organisierung des Kulturaustausches

Der Zweite Weltfriedenskongreß hat in Punkt 9 seines Appells an die UNO darauf hingewiesen, daß der Ausbau der kulturellen Verbindungen zwischen den Völkern günstige Voraussetzungen für deren gegenseitige Verständigung schafft.

Der Weltfriedensrat hat allen ehrlichen Bemühungen, die auf diesem Gebiet unternommen wurden, stets größte Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Er hat auch selbst zahlreiche Schritte unternommen, die bereits positive Resultate gezeitigt haben.

Er beabsichtigt nicht, sich an die Stelle der Organisationen, Bewegungen und Vereinigungen zu setzen, die auf diesem Gebiet tätig sind, ist aber stets bereit, nach Maßgabe seiner Möglichkeiten deren Tätigkeit zu fördern.

Dem Weltfriedensrat wurde eine internationale Kommission für

den Kulturaustausch angegliedert, deren Bildung in der Entschließung des Weltfriedensrates vom 25. Februar 1951 bekanntgegeben wurde; diese Kommission kommt den ihr auf dem Gebiet der Orientierung und Koordinierung auferlegten Pflichten nach.

Der Weltfriedensrat fordert diese Kommission auf, die Grundsätze eines einfachen und elastischen Verfahrens zur praktischen Erleichterung des Austausches zwischen den einzelnen Ländern auszuarbeiten und sie den Landesbewegungen zugehen zu lassen.

Der Weltfriedensrat fordert zugleich die Landeskomitees, die dies bisher noch nicht getan haben, zur Bildung von besonderen Kommissionen für den Kulturaustausch auf.

Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, in jedem Lande Projekte auszuarbeiten, eingehend zu studieren und sorgfältig vorzubereiten, in denen alle Bedingungen für einen erfolgreichen Kulturaustausch vorgesehen sind.

Um wirklich fruchtbar zum Wohle der Kultur und des Friedens zu wirken, muß der kulturelle Austausch auf der Grundlage der Gegenseitigkeit stattfinden, doch kann dies nur dann erzielt werden, wenn jede Fühlungnahme so vorbereitet ist, daß sie wirklich für breite Schichten der Öffentlichkeit oder für ein oder mehrere Gebiete des kulturellen Wirkens von Bedeutung ist.

Der Weltfriedensrat hat beschlossen, unverzüglich die Initiative zur Organisierung von zwei höchst wichtigen Maßnahmen im Jahre 1952 zu ergreifen: zur Ausnutzung der Ferien für die Sache des Friedens und zur Feier kulturwichtiger Jahrestage.

Die Ausnutzung der Ferien für die Sache des Friedens wird allen Landeskomitees die Möglichkeit bieten, dem Kulturaustausch größeren Schwung zu verleihen.

Was die Feier von großen Jahrestagen der Kultur angeht, so hat der Weltfriedensrat die ihm unterbreiteten Vorschläge gutgeheißen, in den verschiedenen Ländern den 150. Geburtstag Viktor Hugos (Vorschlag von Mao Tun), den 500. Geburtstag Leonardo da Vincis (Vorschlag von Ehrenburg), die 100. Wiederkehr des Todestages von N. Gogol (Vorschlag von Donini) und die 1000. Wiederkehr des Todestags von Avicenna (Vorschlag einer Gruppe von Ärzten verschiedener Länder) zu begehen.

Diese Maßnahmen werden es den Landeskomitees gestatten, das Interesse aller Kreise der Kulturschaffenden und der breitesten Bevölkerungsschichten an der Entwicklung der Kultur als dem Gemeingut der ganzen Menschheit zu verstärken.

Der Weltfriedensrat hat in seiner Entschließung vom 25. Februar 1951 hervorgehoben, welche Anteilnahme internationalen Konferenzen und Zusammenkünften entgegengebracht wird, die Kulturschaffende verschiedener Länder auf der Basis ihrer Berufsinteressen zusammenführen.

Er stellt mit Genugtuung fest, daß diese Idee ihre Verkörperung gefunden hat und daß unter den Ärzten, den Wissenschaftlern, den Schriftstellern und Kunstschaffenden, den Architekten und Städtebauern, den Lehrern und Filmschaffenden interessante Maßnahmen durchgeführt werden.

Der Weltfriedensrat ist der Ansicht, daß derartige Maßnahmen für die Festigung der Kulturverbindungen von gewaltiger Bedeutung sind und von allen gefördert werden müssen, die eine Annäherung der Völker wünschen.

Was den Kulturaustausch angeht, so hat der Weltfriedensrat beschlossen, im Laufe des Jahres 1952 in einigen Hauptstädten internationale Ausstellungen der Volkskunst, Ausstellungen mit Dokumenten über den Wiederaufbau sowie Ausstellungen von Kinderbüchern und Kinderzeichnungen zu veranstalten.

Schließlich fordert er die Landeskomitees auf, zum Austausch von bibliographischen, literarischen und wissenschaftlichen Publikationen beizutragen.

Fünfte Tagung des Generalrats des Weltgewerkschaftsbundes

Berlin

15. bis 21. November 1951

Aufruf des Generalrats des Weltgewerkschaftsbundes an die Werktätigen der ganzen Welt

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werktätige aller Länder!

Wir wenden uns an euch in einem Augenblick, wo jeder von euch eine große Verantwortung für das Schicksal der Menschheit trägt. Die Gefahr eines Weltkrieges wird immer größer. Die Kriegsrüstungen stoßen die Völker der kapitalistischen und kolonialen Länder in einen Abgrund schwerer Opfer, Entbehrungen und Leiden.

Infolge der Kriegswirtschaft geht in diesen Ländern die Erzeugung von Bedarfsgütern und Nahrungsmitteln zurück, sinkt der Reallohn ständig, nimmt die Inflation bedrohliche Ausmaße an, wächst die Steuerlast, deren ganze Schwere die Werktätigen am eigenen Leibe spüren, werden die Aufwendungen für soziale Leistungen herabgesetzt. Die Gewerkschaftsrechte und -freiheiten werden brutal mit Füßen getreten.

Zur gleichen Zeit sind die Gewinne der kapitalistischen Großmonopole höher als je zuvor. Diese Gewinne wären ausreichend, um hunderte Millionen Menschen zu ernähren und zu kleiden.

Das Fortdauern einer solchen Politik der Kriegsvorbereitungen muß die Werktätigen dem schlimmsten Elend und dem Krieg preisgeben, wenn wir uns nicht zusammenschließen, um dieser verhängnisvollen Politik entschieden entgegenzutreten und ihr ein Ende zu setzen. Werktätige, Mitglieder von Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen! Nichts kann sich trennend zwischen uns stellen im Kampf für unsere dringlichen Forderungen, für Vollbeschäftigung, Lohnerhöhung und Einführung einer die Arbeiter zufriedenstellenden gleitenden Lohnskala, für die Verbesserung der Sozialgesetzgebung, für ein befriedigendes Sozialversicherungssystem und Einführung von Sozialversicherung dort, wo sie noch nicht vorhanden ist, für die Einstellung der

Arbeitsintensivierung, für die Abschaffung jeder Zurücksetzung nach Merkmalen der Rasse, Hautfarbe, Nationalität, des Geschlechts und des Alters, für die Verbesserung des Gesundheitsschutzes, für die Gewährleistung des Rechts auf Bildung und Erholung, für die Aufhebung der arbeiterfeindlichen Gesetze, die Behauptung der Gewerkschaftsrechte und demokratischen Freiheiten, für den Frieden. Der Kampf für diese allgemeinen Forderungen kann nur erfolgreich sein, wenn wir einig sind.

Wer die Arbeiterklasse spaltet, übt damit Verrat an euren Interessen. Einheit ist die wirksamste Waffe im Kampf gegen das Elend, im Kampf für euer Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Die Führer der „Internationalen Konföderation freier Gewerkschaften" verfolgen mit der Ablehnung der vom Weltgewerkschaftsbund vorgeschlagenen gemeinsamen Aktion zwecks wirksamerer Verteidigung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen das Ziel, die Kräfte der Arbeiterklasse zu schwächen und diese den imperialistischen Kriegstreibern zu unterwerfen.

Der WGB stellt euch nicht das Ansinnen, euren politischen und religiösen Überzeugungen zu entsagen. Er fordert aber alle Werktätigen und alle Gewerkschaftsorganisationen auf, den Kampf für die Hebung des Lebensniveaus und für den von uns allen angestrebten Frieden zu verstärken. In diesem Kampf können und müssen wir alle ohne jeden Unterschied unsere Kräfte brüderlich vereinen.

Werktätige, wollt ihr den Erfolg des Kampfes um die Erfüllung eurer wirtschaftlichen Forderungen gewährleisten, wollt ihr eure Heimstätten erhalten und eine ungeheuerliche Katastrophe verhüten, so kämpft für den Frieden! Die amerikanischen Milliardäre rüsten immer intensiver auf, zwingen ihre Satellitenländer zur forcierten Aufrüstung und wollen den Krieg, weil dieser ihnen die Möglichkeit bietet, die werktätigen Massen auszuplündern und die Völker der ganzen Welt zu unterjochen.

Durch Lug und Trug suchen die imperialistischen Aggressoren die Völker in einen neuen Krieg zu hetzen. Aber die Völker wollen keinen Krieg: hunderte Millionen Männer und Frauen aller Länder haben sich zu einer mächtigen Friedensfront zusammengeschlossen. Der WGB begrüßt den Friedenskampf der Völker vom ganzen Herzen. Gemeinsam mit hunderten Millionen einfacher Menschen in allen Ländern wird der WGB beharrlich weiterkämpfen gegen die Anschläge auf das Lebensniveau und die Rechte der Werktätigen, für die Erhaltung und Festigung des Friedens.

Die aggressiven Kräfte suchen ihre Absichten mit dem heuchlerischen Schlagwort „Verteidigung" zu bemänteln. Aber die Tatsachen enthüllen das wahre Wesen ihrer verbrecherischen Politik.

Die amerikanischen Interventen und ihre Handlanger sabotieren

den Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea und fahren fort, den Boden Koreas erbarmungslos zu verheeren und seine friedliche Bevölkerung auszurotten. Die Kolonisatoren führen Krieg gegen die Völker Vietnams und Malaias, die für ein freies Leben, für ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen. Die Imperialisten sind bestrebt, die Rohstoffe und Reichtümer der wirtschaftlich unterentwickelten Länder an sich zu reißen. Sie wollen das System der Kolonialsklaverei erhalten und das Territorium der Kolonialländer zu Aufmarschgebieten eines neuen Weltkriegs machen.

Unter Bruch der internationalen Abkommen arbeiten die herrschenden Kreise der USA an der Wiederbelebung des japanischen Militarismus, der über die Völker Asiens so viel Leid gebracht hat.

Auf den verschiedenen Kontinenten, an den Grenzen der volksdemokratischen Republiken, der Sowjetunion und Chinas, tausende Kilometer von den USA entfernt, werden amerikanische Militärstützpunkte angelegt, die der Entfesselung der Aggression gegen die friedliebenden Völker dienen sollen. In größter Eile wird in Europa ein Kriegs- und Aggressionsherd geschaffen. Der Nordatlantikblock macht sich eines ungeheuerlichen Verbrechens schuldig, indem er Westdeutschland remilitarisiert und die der ganzen Menschheit verhaßte Hitlerwehrmacht wieder aufstellt.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Vergeßt die bitteren Lehren des zweiten Weltkriegs nicht!

Verwirklicht und festigt die internationale Arbeitereinheit!

Die Spaltung der Arbeiterklasse erleichterte den Machtantritt der Faschisten und die Entfesselung des Krieges. Das darf sich nicht mehr wiederholen.

In der Einheit liegt die Stärke der Arbeiterklasse.

In immer größerem Umfang wird die Einheit bereits zur Tat. Und dort, wo die Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen und religiösen Auffassungen gemeinsam für die Erfüllung ihrer Forderungen eintreten, sind die Werktätigen siegreich. Wollt ihr euer Lebensniveau heben und das Wohlergehen eurer Familien sichern, so fordert Lohnerhöhung, Preis- und Steuersenkung, Kürzung der militärischen Ausgaben, kämpft gegen die forcierte Aufrüstung! Fordert die Wiederaufnahme und den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Ländern der Welt ohne jedwede Diskriminierung! Setzt den Abschluß eines Friedenspakts der fünf Großmächte durch!

Fordert Zurücknahme der Annexionstruppen aus dem Gebiet und den Territorialgewässern anderer Länder sowie Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker!

Durch Kampf für den Frieden verteidigt ihr das unverbrüchliche Recht auf Arbeit und Brot. Der Weltgewerkschaftsbund ruft euch auf,

in geschlossener Front für eure Lebensinteressen, für Frieden, Freiheit, Demokratie und nationale Unabhängigkeit zu kämpfen.

Es lebe die unerschütterliche Einheit aller Werktätigen!

Empfehlung

Der Generalrat des WGB beauftragt das Sekretariat:

1. In Übereinstimmung mit den vom II. Weltgewerkschaftskongreß in Mailand gefaßten Beschlüssen die Probleme zu studieren, die sich auf die Rechte der Werktätigen in den Ländern mit Ein- und Auswanderung beziehen; auf diese Weise sollen die Bemühungen, die die Gewerkschaftsorganisationen im Rahmen einer gemeinsamen Aktion unternehmen, koordiniert werden, damit eine Konferenz abgehalten werden kann, die die Probleme der Ein- und Auswanderung und der Rechte ausgewanderter Werktätiger studieren soll.

2. Zu erreichen, daß die in den Metropolen geltenden internationalen Konventionen und Sozialgesetze ohne jegliche Diskriminierung auf die Werktätigen der kolonialen Länder ausgedehnt werden.

3. Nach Möglichkeit WGB-Delegationen in die Länder Lateinamerikas wie auch in die kolonialen und abhängigen Länder zu entsenden, um dort die Lage der Arbeiterklasse und der Landarbeiter, die Anwendung der Sozialgesetze und die Möglichkeiten zur Ausübung der Gewerkschaftsrechte zu studieren, damit der WGB in die Lage versetzt wird, den Gewerkschaftsorganisationen dieser Länder umfangreichere Hilfe zu leisten.

Resolution des WGB-Generalrats zum Rechenschaftsbericht über die allgemeine Tätigkeit des Weltgewerkschaftsbundes

Der Generalrat billigt den vom Generalsekretär vorgelegten Bericht über die Tätigkeit des Weltgewerkschaftsbundes. In Ausführung der Beschlüsse des II. Weltgewerkschaftskongresses haben das Exekutivbüro und das Exekutivkomitee an der Festigung der Einheit der Werktätigen im Kampf für die Hebung des Lebensniveaus, für den Frieden, für die demokratischen Rechte und Freiheiten gearbeitet.

Der Generalrat stellt mit Genugtuung fest, daß der WGB, ungeachtet des gegen ihn entfalteten zügellosen Kesseltreibens der imperialistischen Kräfte und ihrer Agenten in der Gewerkschaftsbewegung, seinen Einfluß weiterhin ausgedehnt und seine Mitgliederzahl weiter vergrößert hat, so daß sie jetzt über 80 Millionen beträgt.

Die Gründung von internationalen Fachvereinigungen der Gewerk-

schaften, die Abhaltung einer Gewerkschaftskonferenz der Länder Asiens, von lateinamerikanischen regionalen Gewerkschaftskonferenzen und Gewerkschaftskonferenzen der Fachvereinigungen, die Aufwerfung für die Werktätigen lebenswichtiger Fragen vor dem UNO-Wirtschafts- und Sozialrat (über Maßnahmen zur Liquidierung der Arbeitslosigkeit, über die Ausmerzung der Rassendiskriminierung, über gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit usw.) sowie der praktische Kampf für die Aktionseinheit haben zu einer Verstärkung des Kampfes um die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Werktätigen geführt.

Dadurch, daß der Weltgewerkschaftsbund alle vom Weltfriedensrat zur Verhütung eines neuen Weltkriegs gefaßten Beschlüsse unterstützt, daß er sich an der Europäischen Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Deutschlands beteiligt hat und daß in den Betrieben Friedenskomitees gebildet worden sind, ist die Friedensbewegung der Werktätigen noch aktiver geworden.

Das von den herrschenden USA-Kreisen geführte imperialistische Lager bereitet jedoch noch intensiver einen neuen Weltkrieg vor. Die Unterzeichnung des separaten „Friedens"vertrags und des Militärabkommens zwischen den USA und Japan, die Eingliederung Westdeutschlands in den aggressiven Nordatlantikblock, die Versuche der USA, den Ländern Lateinamerikas ihre imperialistische Politik aufzuzwingen, die Okkupation einer Anzahl westeuropäischer Länder durch amerikanische Truppen und die Anlegung von Militärstützpunkten in verschiedenen Teilen der Welt, die Fortsetzung der verbrecherischen Intervention in Korea und die Okkupation von Taiwan, die Fortsetzung des Kriegs in Vietnam, der sich, materiell unterstützt von den amerikanischen Imperialisten, noch verstärkt hat, das aggressive Vorgehen der Imperialisten im Nahen Osten und alle ihre Angriffe auf die nationale Unabhängigkeit der Völker bilden eine ernste Gefahr für den Frieden.

Die imperialistische Politik der Entfesselung eines Krieges führt zu einer steten Senkung des Lebensniveaus der Werktätigen in den kapitalistischen, kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern, begleitet von einer verstärkten Offensive gegen die Gewerkschaftsrechte und der Einführung arbeiterfeindlicher Gesetze; für die Werktätigen der meisten dieser Länder ist die Arbeitslosigkeit eine ständige Geißel.

Die Führer der Internationalen Konföderation der sogenannten freien Gewerkschaften tun nach wie vor alles, um die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Offensive der kapitalistischen Monopole zu schwächen. Im vollsten Einvernehmen mit ihren Brotherren fordern sie die Werktätigen zynisch auf, im Interesse der Kriegsbrandstifter neue Opfer und Entbehrungen auf sich zu nehmen.

Unter diesen Umständen erachtet es der Generalrat für notwendig, daß der Weltgewerkschaftsbund zur Sicherung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen und zum Schutz des Friedens noch aktiver daran arbeitet, die Werktätigen aller Länder unabhängig von ihren politischen, religiösen und philosophischen Anschauungen und ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit noch mehr zusammenzuschließen.

Die wichtigsten Aufgaben des WGB sind gegenwärtig:

Verstärkung des Kampfes der Werktätigen für die Erfüllung ihrer dringlichsten Forderungen auf der Basis breiterer Aktionseinheit;

wirksamste Unterstützung der Gewerkschaftsorganisationen und der nationalen Befreiungsbewegung in den kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern;

Zusammenschluß aller Kräfte der Werktätigen zur Verteidigung des Friedens, da sonst keine wirkliche Besserstellung der Werktätigen möglich ist;

unermüdliche Enthüllung der Machenschaften der Imperialisten und ihrer Agenten, die versuchen, die Völker irrezuführen und unter ihnen Haß und Hader zu säen, um sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuzerren.

Um die Lösung dieser Aufgaben zu sichern, empfiehlt der Generalrat den Exekutivorganen des WGB, den internationalen Gewerkschaftsvereinigungen und den Gewerkschaftszentralen der einzelnen Länder:

1. nach Kräften die internationale Solidaritätskampagne für alle um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage kämpfenden Werktätigen und für alle Opfer von Maßregelungen und Verfolgungen zu erweitern;

2. noch beharrlicher für die Forderungen der werktätigen Frauen und Jugendlichen einzutreten, besonders an deren Arbeitsstätten; die Vorbereitung und Durchführung der Internationalen Konferenz zur Verteidigung der Rechte der Jugend zu fördern und sich weitgehend an den betreffenden Vorbereitungskonferenzen zu beteiligen; bei der Vorbereitung und Durchführung von Konferenzen zum Schutz der Kinder Hilfe zu leisten;

3. den Gewerkschaftsorganisationen der Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, des Nahen und des Mittleren Ostens durch Ausbau der Tätigkeit des WGB-Verbindungsbüros größere Hilfe zu erweisen; die Einbeziehung der breiten Arbeitermassen in die Gewerkschaften, die organisatorische Festigung der Gewerkschaften und dort, wo sie noch nicht bestehen, ihre Bildung zu erzielen;

4. der Gewerkschaftsbewegung in den kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern und der auf die Schulung von Gewerkschaftskadern und auf die Verbesserung der Arbeit unter den werktätigen Massen gerichteten Tätigkeit dieser Gewerkschaftsorganisationen Förderung angedeihen zu lassen:

regionale Gewerkschaftskonferenzen abzuhalten, deren Aufgabe es ist, die aus der Notwendigkeit einer Verteidigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen erwachsenden Probleme zu studieren, die ohne jede Diskriminierung zu gewährenden juridischen Rechte der Werktätigen dieser Länder zu proklamieren, die Achtung dieser Rechte zu fordern und dafür einzutreten, daß den Werktätigen der genannten Länder die demokratischen Freiheiten und die nationale Unabhängigkeit gesichert werden;

5. die Beschlüsse der Zweiten Tagung des Weltfriedensrats aktiv zu unterstützen, sich noch intensiver an der Unterschriftenkampagne für den Appell zum Abschluß eines Friedenspakts der fünf Großmächte zu beteiligen und dabei die entsprechende Aufklärungsarbeit unter den Massen zu leisten;

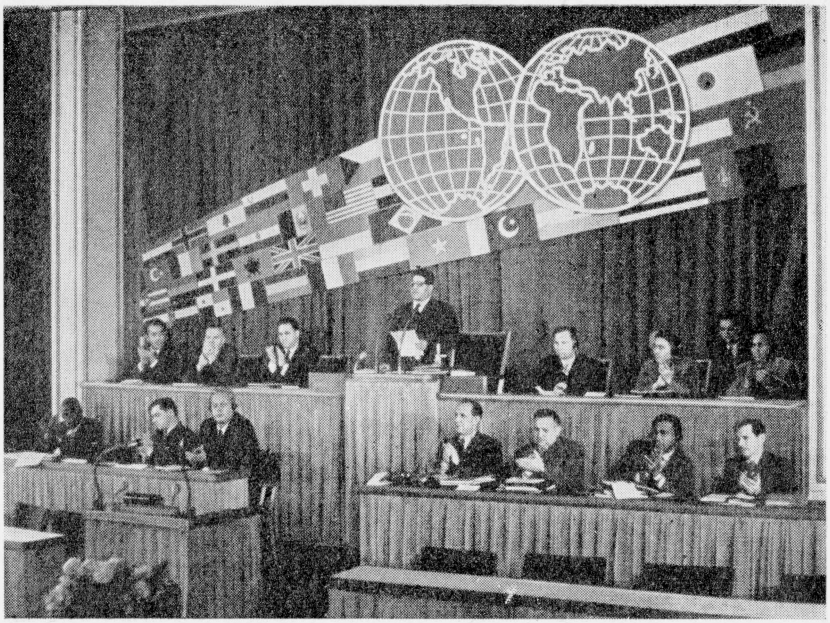
6. das Europäische Arbeiterkomitee gegen die Remilitarisierung Deutschlands wie auch die Landesbewegungen gegen die Remilitarisierung Deutschlands systematisch zu unterstützen, um zur Verbesserung ihrer Verbindung mit allen Werktätigen, unabhängig von deren Überzeugungen und Tendenzen, beizutragen und den Kampf dadurch zu erweitern und wirksamer zu machen;

7. den Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Neuaufrüstung Japans und gegen die Anlegung von USA-Militärstützpunkten im Fernen Osten zu helfen; die Gewerkschaftsbewegung zur Unterstützung aller Maßnahmen aufzubieten, die auf die Einstellung der Feindseligkeiten in Korea und Vietnam gerichtet sind, und sich aktiv an der vom Weltfriedensrat einberufenen Konferenz der Völker der Länder Asiens zu beteiligen;

8. eine allen Werktätigen verständliche Aufklärungsarbeit unter den Massen zu entfalten, um die Verlogenheit, das verleumderische Wesen und die Aggressionspläne der Imperialisten und deren Agenten zu enthüllen und die Ränke der Spalter in der Arbeiterbewegung zu durchkreuzen;

9. den Austausch von Delegationen von Werktätigen der kapitalistischen und kolonialen Länder einerseits und der Volksdemokratien und der Sowjetunion anderseits zu erweitern; die Berichte dieser Delegationen weitgehend zu veröffentlichen und unter den Werktätigen aller Länder zu verbreiten;

10. Inhalt und Verbreitung der Zeitschrift „Weltgewerkschaftsbewegung" weiter zu verbessern, Wege für die Herausgabe der Zeitschrift in möglichst vielen Sprachen und für ein Neuerscheinen des Mitteilungsblattes des WGB ausfindig zu machen; mehr populäre Broschüren über die wichtigsten Probleme des Lebens und des Kampfes der Arbeiterklasse herauszugeben und mit Hilfe von Presse und Rundfunk das WGB-Programm wirtschaftlicher und sozialer Forderungen weitgehend zu popularisieren.



Generalratstagung des Weltgewerkschaftsbundes vom 15. 11. — 21. 11. 1951 im Haus der Volkskammer in Berlin. Der Vorsitzende des W. G. B Di Vittorio eröffnet die Tagung.

Der Generalrat bringt die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Gewerkschaftsorganisationen mit allen Kräften daran arbeiten werden, die Einheit der Werktätigen noch mehr zu festigen, ihre dringlichen sozialen und wirtschaftlichen Forderungen zu verteidigen und die Erhaltung des Weltfriedens zu sichern.

Resolution
über die Einheit der Werktätigen im Kampf für die Hebung des Lebensstandards sowie gegen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Kriegsvorbereitung

1. Der WGB-Generalrat konstatiert, daß sich der Lebensstandard der Werktätigen in den kapitalistischen und kolonialen Ländern infolge der Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zunehmend senkt. Es sinkt der Reallohn, in vielen Ländern nimmt die Arbeitslosigkeit zu, werden die Steuern erhöht, unaufhörlich steigen die Preise für Bedarfsgüter, werden die Aufwendungen für soziale Leistungen und für den Wohnungsbau stark gekürzt.

Anderseits führt die Senkung des Lebensstandards der Werktätigen zu einer ständigen Verringerung der Kaufkraft der Bevölkerung, einem Rückgang des Handels und zur Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage, was eine immer stärkere Verelendung der mittleren Schichten des Volkes nach sich zieht. Aus diesem Grund ist der Kampf der Arbeiterklasse zur Verteidigung und Verbesserung des Lebensniveaus aller Werktätigen von großem Interesse auch für die mittleren Schichten des Volkes, die zu einer aktiven Unterstützung der Werktätigen heranzuziehen sind, um so die Volksfront zum Kampf für Brot, Freiheit und Frieden zu erweitern.

2. Die materielle Lage der Werktätigen in allen kapitalistischen Ländern hat sich jäh verschlechtert. In den USA sind die Bedarfsgüter erheblich teurer geworden. Der Reallohn ist in den Nachkriegsjahren um ein Drittel zurückgegangen. Allein innerhalb eines Jahres nach Beginn der Intervention in Korea sind die Lebenshaltungskosten um 14 Prozent gestiegen. Das Wachstum der Rüstungsindustrie hat das Arbeitslosenproblem nicht gelöst und kann es auch nicht lösen. Selbst nach den stark beschönigenden amtlichen Angaben gibt es in den USA Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter, die ein Hungerdasein fristen.

3. In England sind die Bedarfsgüterpreise im Vergleich zum Vorkriegstand auf das Doppelte gestiegen. Die Lebenshaltungskosten sind seit Beginn der militärischen Intervention in Korea um 25 Prozent gewachsen.

4. Wesentlich gesunken ist das Lebensniveau in Frankreich. Verglichen mit der Vorkriegszeit ist der Stundenreallohn der Arbeiter und Angestellten um die Hälfte gesunken. Im gleichen Zeitraum ist die Steuerbürde mehr als dreimal so schwer geworden.

5. In Italien liegen die Einkünfte von drei Vierteln aller Familien nach offiziellen Angaben bedeutend unter dem Existenzminimum, die Einkünfte von 49 Prozent der Familien reichen nicht einmal für die Ernährung. Es gibt im Lande zwei Millionen Arbeitslose und über zweieinhalb Millionen Kurzarbeiter.

6. Unter außerordentlich schweren Verhältnissen leben die Werktätigen in den kolonialen und abhängigen Ländern. Millionen fristen ein Elendsdasein. Infolge der unerträglichen Arbeitsbedingungen und Wohnungsverhältnisse, des Hungers und der Seuchen nimmt die Sterblichkeit ständig zu.

7. Durch verstärkte Ausbeutung, direkte Ausplünderung der werktätigen Massen und die forcierte Aufrüstung verschaffen sich die kapitalistischen Monopole enorme Gewinne. In den Jahren 1946 bis 1951 haben sich die Gewinne der großen Monopole in den USA verdreifacht und in England verdoppelt.

Hingegen sind die Werktätigen der kapitalistischen Länder, deren herrschende Kreise verstärkte Anstrengungen machen, um die Massen

in einen neuen Weltkrieg zu hetzen, der Unterernährung und dem Elend preisgegeben.

8. Nur in den Ländern, wo die kapitalistische Ausbeutung abgeschafft ist und die Regierungen eine Friedenspolitik durchführen, steigt das Lebensniveau der Volksmassen ununterbrochen.

9. Der Generalrat stellt mit Genugtuung fest, daß die Volkswirtschaft und der Wohlstand der Werktätigen in der Sowjetunion, in der Chinesischen Volksrepublik, in den Volksdemokratien und in der Deutschen Demokratischen Republik in ständigem Aufschwung begriffen sind. In diesen Ländern ist ein ununterbrochenes Steigen des Nationaleinkommens sowie des Reallohns der Arbeiter und Angestellten zu konstatieren. Die Arbeitslosigkeit ist in allen Volksdemokratien restlos beseitigt. Die Erfolge, die die Länder des Sozialismus und der Demokratie bei ihrer friedlichen Aufbauarbeit erzielt haben, festigen die Sache des Weltfriedens; sie sind eine Quelle der Kraft und der Zuversicht für die Werktätigen der kapitalistischen, kolonialen und abhängigen Länder.

10. Ungeachtet der Offensive der Monopole, der brutalen Verfolgungen und des Polizeiterrors verstärken die Werktätigen der kapitalistischen Länder und der Kolonien den Kampf gegen die Politik des Kriegs, des Hungers und der Verelendung. Das äußert sich in zahlreichen Streiks und anderen Massenaktionen, an denen sich Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligen. Dieser Kampf wird von den breiten Schichten der Bevölkerung unterstützt.

11. Die Idee der Aktionseinheit bemächtigt sich der werktätigen Massen immer mehr. Davon zeugt die mächtige Lohnbewegung in Frankreich, an der sich Gewerkschaftsorganisationen aus der CGT, dem Christlichen Gewerkschaftsbund und der „Force ouvrière" beteiligen. Die meisten derartigen Aktionen waren 1951 dank der Aktionseinheit der französischen Arbeiter erfolgreich.

Im Zeichen der Aktionseinheit verliefen viele Großaktionen, besonders die Streiks der Metallarbeiter, der Landarbeiter und der Staatsangestellten in Italien, der hessischen Metallarbeiter und der Hamburger Hafenarbeiter in Deutschland, die Streiks der Grubenarbeiter und der Hafenarbeiter in den USA, die Generalstreiks der Eisenbahner in Argentinien, der Arbeiter und Angestellten in Chile und Brasilien, der Hafenarbeiter in Neuseeland und viele andere Aktionen, die vom Kampfgeist der Arbeiter zeugen.

12. Je mehr sich die Arbeiter und Angestellten, die den Gewerkschaften verschiedener Richtung angehören, zum gemeinsamen Kampf um die Verbesserung ihrer Wirtschaftslage vereinigen, desto mehr überzeugen sie sich von der Verderblichkeit der arbeiterfeindlichen Spalterpolitik, welche die rechten Gewerkschaftsführer und die Leitung der sogenannten Internationalen Konföderation freier Gewerkschaften

(IKfG) betreiben. Die Forderungen der Millionenmassen der Werktätigen mißachtend, haben die Führer dieser Organisation den Vorschlag des Weltgewerkschaftsbunds über gemeinsame Aktionen zum Schutz der dringlichen sozialen und wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen abgelehnt.

13. Wie in den Vorkriegsjahren so untergraben die Spalter auch heute die Einheit der Arbeiterklasse; sie bemänteln ihre wahren Absichten mit leeren Phrasen über die Interessen der Werktätigen, während sie in Wirklichkeit im Interesse der Kapitalisten handeln. Die IKfG-Führer unterstützen die Politik des Lohnstopps und der verstärkten Ausbeutung der Werktätigen durch die Monopole.

Sie hintertreiben die Streiks, durch die die Werktätigen ihre sozialen und wirtschaftlichen Forderungen geltend machen und sich gegen die Kriegsvorbereitung und deren Auswirkungen zur Wehr setzen. Die IKfG-Häuptlinge unterstützen aktiv die Politik der Kriegsvorbereitung und versuchen, die Werktätigen auf jede Weise vom gerechten Kampf für Brot, Frieden, Freiheit und Demokratie abzulenken. Sie versuchen, die Gewerkschaftsbewegung Afrikas und Asiens zu spalten, um den nationalen Befreiungskampf der Kolonialvölker zu hemmen.

14. Der Generalrat empfiehlt dem WGB-Exekutivbüro, den Landesgewerkschaftszentralen, den Internationalen Gewerkschaftsvereinigungen (den Industrieabteilungen des WGB) sowie allen Gewerkschaftsorganisationen:

a) ihre auf den Zusammenschluß der Kräfte der Werktätigen im Kampf für die Hebung des Lebensniveaus, gegen die Auswirkungen der Kriegsvorbereitung, für die Entfaltung einer unabhängigen Friedenswirtschaft gerichtete Tätigkeit zu verstärken;

b) unter den Arbeitern und Angestellten eine großangelegte Aufklärungsarbeit zu leisten, um den wahren Sinn der Politik der reaktionären Kräfte und ihrer Agentur in der Arbeiterklasse zu enthüllen, die die Werktätigen irrezuführen, sie vom Kampf für ihre dringlichen Forderungen abzulenken und mit verlogenen Phrasen von sogenannter Klassenzusammenarbeit auf den Weg der Unterwerfung unter die Interessen der Kapitalisten abzudrängen suchen; an sämtliche zur IKfG gehörenden Gewerkschaftsorganisationen aller Stufen den Appell zu richten, auf der Basis der Vorschläge des WGB gemeinsame Aktionen zu unternehmen; vor den Arbeitern und der Öffentlichkeit die wahren Ursachen zu enthüllen, weshalb die IKfG-Führer die konkreten und vernünftigen Vorschläge des WGB zurückgewiesen haben, und diejenigen zu entlarven, die keine Aktionseinheit wollen;

c) die Kampferfahrungen der Werktätigen der verschiedenen Länder zu studieren und zu popularisieren; Fach- und Regionalkonferenzen zur Erörterung der Fragen einzuberufen, die eine Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen betreffen;

d) in Berücksichtigung der günstigen Kampferfahrungen der Werktätigen Frankreichs, Italiens und anderer Länder wo immer nur möglich Komitees der Aktionseinheit in den Betrieben sowie zeitweilige Kommissionen oder Koordinationsausschüsse der Gewerkschaften zu bilden und verschiedene andere Arbeitsmethoden anzuwenden, die zur Einheit führen und zur Verständigung und zur Festigung der Zusammenarbeit von Gewerkschaften verschiedener Richtung beitragen;

e) systematisch die noch stellenweise vorhandenen Erscheinungen des Sektierertums zu bekämpfen; es klarzumachen, daß die Aktionseinheit und die Gewerkschaftseinheit in unermüdlichem und konsequentem Kampf in den Betrieben und in den Gewerkschaften zustande kommt. Aktions- und Gewerkschaftseinheit kann dadurch erreicht werden, daß man den Werktätigen in klarer, verständlicher Form die sie interessierenden Probleme darlegt, ihnen hilft, ihre Forderungen auszuarbeiten, wobei selbst die gemäßigtesten Forderungen zu verteidigen sind, und die anzuwendenden Kampfformen bestimmt. Die Einheit kann ferner durch eine klare und überzeugende Darstellung der von den Spaltern der Arbeiterklasse betriebenen Manöver und ihrer Politik verwirklicht werden. Es ist notwendig, daß die Werktätigen, die solchen Führern noch Glauben schenken, endlich begreifen, wie sie betrogen werden, daß sie zugleich lernen, die Verlogenheit dieser Führer an Hand der eigenen Erfahrung zu durchschauen;

f) den kämpfenden Arbeitern wirksamere Unterstützung zu erweisen, die internationale Solidaritätsbewegung breiter zu entfalten;

g) den Gewerkschaften in den kolonialen und halbkolonialen Ländern tagtäglich Unterstützung zu erweisen.

15. Der Generalrat empfiehlt allen Anhängern des WGB, wo immer organisierte oder nichtorganisierte Massen von Werktätigen vorhanden sind, diese mit dem Programm des Bundes bekannt zu machen und auf der Grundlage dieses Programms zu arbeiten.

16. Ausgehend von dem WGB-Programm wirtschaftlicher und sozialer Forderungen betont der Generalrat die Notwendigkeit, die Erfüllung folgender wichtigster Forderungen durchzusetzen: Gewährleistung der Vollbeschäftigung und eines Lohnes, der mindestens das Existenzminimum garantiert; Einführung einer gleitenden Lohnskala, Abschaffung der durch Arbeitsintensivierung hervorgerufenen übermäßigen Ausbeutung der Werktätigen; Einführung der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge auf Kosten der Regierung und der Unternehmer; Abschaffung der Rassendiskriminierung; Abschaffung von Zwangsarbeit in allen ihren Formen; Entlohnung von Frauen und Jugendlichen nach den Lohnsätzen der Männer, die gleiche Arbeit leisten; Schaffung einer Garantie für die Erfüllung dieser Forderungen durch Abschluß von Kollektivverträgen.

17. Der Generalrat fordert die Gewerkschaftsorganisation auf, die Bedeutung der für April 1952 nach Moskau einberufenen internationalen Wirtschaftskonferenz weitgehend zu erläutern und zu deren Erfolg beizutragen.

Der Generalrat des Weltgewerkschaftsbundes fordert alle Werktätigen auf, ihre Reihen noch fester zusammenzuschließen im Kampf um die Verbesserung der Wirtschaftslage der Massen, gegen die forcierte Aufrüstung, gegen die drohende Gefahr eines neuen Weltkriegs.

Den Kampf um die Aktionseinheit gewinnen heißt allen Werktätigen ein besseres Leben, Freiheit und Frieden sichern.

Appell des Generalrats des Weltgewerkschaftsbundes an die 6. Tagung der UNO-Vollversammlung

Der in Berlin zusammengetretene Generalrat des Weltgewerkschaftsbundes lenkt die Aufmerksamkeit der UNO-Generalversammlung auf das durch das rasende Wettrüsten der imperialistischen Regierungen noch verschärfte Elend der Werktätigen in den kapitalistischen und kolonialen Ländern. Diese Regierungen vergeuden Unsummen für die Kriegsvorbereitung, während sie die Aufwendungen für kulturelle und soziale Zwecke erheblich abbauen. Der Reallohn sinkt, unaufhörlich steigen die Preise, wächst die Steuerlast, erhöhten sich die Lebenshaltungskosten, verstärkt sich die Inflation, werden die Gewerkschaftsrechte verletzt.

Zugleich bringen Hunger und Elend der werktätigen Massen den kapitalistischen Monopolen märchenhafte Profite ein.

Die stete Verschlimmerung der Wirtschaftslage der Werktätigen erweckt bei allen aufrechten Menschen der Erde Unruhe und Besorgnis. Die Arbeiter und Angestellten in den kapitalistischen, kolonialen und abhängigen Ländern protestieren gegen das Elend, zu dem sie die Politik der imperialistischen Regierungen verurteilt, und setzen sich immer entschlossener gegen diese Politik zur Wehr.

Der Weltgewerkschaftsbund vertritt die Interessen der Werktätigen des ganzen Erdballs und kann ihre Forderungen nicht unbeachtet lassen. Deswegen richtet er diesen Appell an die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen.

Wir sehen uns hierzu auch dadurch veranlaßt, daß der UNO-Wirtschafts- und Sozialrat die zahlreichen konstruktiven Vorschläge des Weltgewerkschaftsbundes unbeachtet gelassen hat. Dies Geschick ereilte bekanntlich die Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit

und zur Gewährleistung von Vollbeschäftigung, die Vorschläge über den Kampf gegen die durch die forcierte Aufrüstung verursachte Senkung des Lebensniveaus der Werktätigen, über die Ausmerzung der Rassendiskriminierung und dergleichen mehr.

In der heutigen Situation ist es äußerst notwendig, reale Maßnahmen zu ergreifen, um die Lage der Werktätigen zu erleichtern. Der WGB-Generalrat ersucht die Vollversammlung, dem Wirtschafts- und Sozialrat zu empfehlen, er möge die Anträge berücksichtigen, die ihm unsere Organisation vorgelegt hat. Wir fordern die Vollversammlung auf, den Wirtschafts- und Sozialrat auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, im Dringlichkeitsverfahren ein Programm praktischer Maßnahmen zur Hebung des Lebensniveaus der werktätigen Massen, zur Verbesserung der Sozialgesetzgebung, zum Ausbau und zur Gewährleistung der Gewerkschaftsrechte und zur Förderung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen allen Ländern auszuarbeiten.

Der WGB-Generalrat unterstützt in vollem Umfang den Appell des Weltfriedensrates an die Organisation der Vereinten Nationen und an die Völker der Welt. Der WGB besteht auf der Ergreifung wirksamer Maßnahmen gegen das Rüstungsfieber und die Entfesselung eines neuen Krieges; zu diesen Maßnahmen gehören vor allem die Durchführung einer fortschreitenden und gleichzeitigen Rüstungseinschränkung, das Verbot der Atomwaffe, die Einstellung der Feindseligkeiten in Korea, die Zurücknahme der Annexionstruppen aus dem Gebiet und den Territorialgewässern anderer Länder, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker sowie der Abschluß eines Friedenspakts der fünf Großmächte. Die Werktätigen der ganzen Welt fordern, daß die gewaltigen Mittel, die jetzt für die Herstellung von Waffen vergeudet werden, für die Hebung des Lebens- und Kulturniveaus der Völker verwendet werden.

Resolution über das Sozialversicherungswesen

Der WGB-Generalrat betont erneut, daß die Werktätigen zutiefst am Schutze und an der Verbesserung des Sozialversicherungswesens interessiert sind.

Der Generalrat stellt fest, daß zu einer Zeit, wo die ohnehin schon beschränkte Sozialversicherung in vielen kapitalistischen Ländern schwer bedroht ist und es in den Kolonialländern überhaupt keine solche gibt, die Sozialversicherung in der Sowjetunion und in den Ländern, die dem Sozialismus entgegenschreiten, eine großartige Entwicklung erfahren hat.

Der Generalrat unterstützt die auf der Wiener Tagung des WGB-Exekutivbüros (2. bis 6. Juli 1951) angenommene Resolution über die

Sozialversicherung im Rahmen der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern. Er billigt die Einberufung einer internationalen Sozialversicherungskonferenz.

Der Generalrat fordert die Landeszentralen und Gewerkschaftsorganisationen der Länder, wo es keine Sozialversicherung gibt bzw. wo diese schwach entwickelt oder bedroht ist, auf, eine vereinigte Front der Werktätigen auf der Basis breitester Aktionseinheit zu organisieren, um:

die Bewegung zur Verteidigung der Sozialversicherung auszubauen und zu unterstützen, wobei zu erkämpfen ist, daß die Mittel für diese Zwecke von den Regierungen und den Unternehmern bereitgestellt werden;

den Gewerkschaften und anderen Organisationen von Ländern, in denen die Werktätigen noch nicht im Genuß der Sozialversicherung sind, zur Durchsetzung der Sozialversicherung zu verhelfen;

durch Organisierung von Massenaktionen der Werktätigen eine Verbesserung der Sozialgesetzgebung zu erreichen;

die Sozialversicherung, die in vielen kapitalistischen Ländern von schweren Angriffen bedroht ist, zu behaupten;

im Zusammenhang mit der Vorbereitung zur internationalen Konferenz in jedem Lande in Formen, die der Struktur des jeweiligen Sozialversicherungssystems entsprechen, Konferenzen von einzelnen oder mehreren Gewerkschaften bzw. Landesgewerkschaftskonferenzen zur Verteidigung und Verbesserung der Sozialversicherung abzuhalten.

Der WGB-Generalrat fordert alle Gewerkschaftsorganisationen auf, sich aktiv an der internationalen Sozialversicherungskonferenz zu beteiligen.

Resolution über die Verfolgung der demokratischen Organisationen durch die Regierung Adenauer

Der WGB-Generalrat lenkt die Aufmerksamkeit der Werktätigen aller Länder darauf, daß die Regierung Adenauer in Westdeutschland immer heftigere Angriffe auf die demokratischen Freiheiten der Werktätigen und deren Organisationen unternimmt. Diese im Zuge der Remilitarisierung getroffenen Maßnahmen zeigen den Werktätigen und der öffentlichen Meinung, daß auf Befehl der amerikanischen Imperialisten der deutsche Faschismus wiederbelebt wird.

Es sind schon viele Fälle des Verbots demokratischer Presseorgane vorgekommen, darunter der Publikationen der „Freien Deutschen Jugend", auch wurden Versuche gemacht, die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands zu unterbinden; die Friedens-

bewegung und ihre Anhänger werden verfolgt. Während das deutsche Volk die Kampagne für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland zur Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschland und zur Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages verstärkt und die friedliebenden Völker der ganzen Welt sich diesen Forderungen anschließen, hat die Regierung Adenauer ihre Absicht bekanntgegeben, die Kommunistische Partei Deutschlands zu verbieten.

Die Geschichte lehrt, daß dies nicht nur ein Schlag gegen diese Partei, sondern auch gegen alle Werktätigen sein wird und daß ihm andere Repressalien folgen werden. Das bezieht sich auch auf die Gewerkschaften, denen in Westdeutschland das Verbot droht, wie aus Erklärungen des Ministers Lehr hervorgeht.

Der WGB-Generalrat protestiert gegen alle derartigen Maßnahmen und fordert volle demokratische Freiheit für alle demokratischen Organisationen und Bewegungen. Er ruft alle Werktätigen Westdeutschlands zur Verteidigung ihrer Organisationen und demokratischen Freiheiten auf.

Die Verfolgungsmaßnahmen der Regierung Adenauer bilden auch eine Bedrohung der Werktätigen der Nachbarländer, da sie im Zuge der von den Amerikanern betriebenen Vorbereitung eines Krieges in Europa getroffen werden und die Gefahr verstärken, daß man auch in anderen Ländern derartige Maßnahmen ergreift.

In diesem Zusammenhang ruft der WGB-Generalrat die Werktätigen der ganzen Welt und ihre Gewerkschaftsorganisationen auf, bei der Regierung Adenauer gegen die Unterdrückung der demokratischen Freiheiten in Westdeutschland Protest einzulegen.

Resolution über Griechenland

Nach Erörterung der Lage in Griechenland stellt der WGB-Generalrat fest, daß die Athener Regierung auf Befehle der amerikanischen Imperialisten ein das griechische Volk abwürgendes Terrorregime ausübt.

Über 60000 Patrioten werden gefoltert, viele Patrioten sind im Kerker gestorben. Mehr als 3000 der Verhafteten sind zum Tode verurteilt. Die Gewerkschaftsrechte sind schweren Angriffen ausgesetzt.

Im Namen von 80 Millionen Arbeitern brandmarkt die Tagung des WGB-Generalrats empört vor aller Welt den Terror, der nun schon seit sieben Jahren in Griechenland herrscht. Der WGB-Generalrat entbietet dem heldenhaft und aufopfernd für Frieden, Demokratie und nationale Unabhängigkeit kämpfenden griechischen Volk seinen Brudergruß.

Der Generalrat erhebt bei der Athener Regierung entschiedenen Protest und fordert die unverzügliche Freilassung aller verhafteten

Gewerkschaftsaktivisten, die Freilassung der eingekerkerten Abgeordneten Glesos und Ambatelos; er fordert ferner eine politische Generalamnestie, die Aufhebung aller Terrorgesetze (wie z. B. der Verordnung Nr. 509 und der Verordnung „Über die Sicherheitskomitees"), die Auflösung der Todeslager und die volle Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte.

Der WGB-Generalrat wendet sich mit einem kategorischen Protest an die UNO und fordert von ihr Maßnahmen, um dem Terror in Griechenland ein Ende zu machen und eine politische Generalamnestie durchzusetzen.

Der Generalrat fordert alle dem WGB angeschlossenen Arbeiterorganisationen sowie alle Werktätigen auf, ihre Solidarität mit dem griechischen Volk zum Ausdruck zu bringen, das um seine Freiheit, seine nationale Unabhängigkeit und für den Frieden kämpft.

Resolution über die Lage im Iran

Im Namen von 80 Millionen organisierter Werktätigen erklärt sich der WGB-Generalrat solidarisch mit dem iranischen Volke, das einen gerechten Kampf gegen den englischen Imperialismus führt, einen Kampf für die Ausnutzung der Erdölvorkommen des Landes zu friedlichen Zwecken, für die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes, für die Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung.

Der Generalrat begrüßt die Arbeiterklasse des Irans und insbesondere die Werktätigen der Erdölbetriebe von Abadan, die Textilarbeiterinnen von Isfahan sowie die Arbeiter von Teheran, die besonders energisch gegen die anglo-amerikanischen Monopole kämpfen, welche die iranische Erdölindustrie an sich reißen wollen.

Der WGB-Generalrat betont, daß unter diesen Umständen die Festigung der Einheit der Werktätigen und die Gewährleistung einer freien Betätigung des Zentralrats der Vereinigten Gewerkschaften des Irans besonders wichtig ist, damit die iranische Arbeiterklasse noch wirksamer für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen kann.

Der Weltgewerkschaftsbund wünscht den Werktätigen des Irans Erfolg beim Zusammenschluß ihrer Reihen, bei der Schaffung einer nationalen Front aller Bevölkerungsschichten zum Kampf um die wahre Unabhängigkeit des Landes und um die Hebung des Lebensniveaus des Volkes.

Resolution über Ägypten und den Sudan

Im Namen von 80 Millionen gewerkschaftlich organisierten Werktätigen der ganzen Welt begrüßt der Generalrat des Weltgewerkschafts-

bundes die Völker Ägyptens und des Sudans, die aufopfernd um ihre Freiheit und ihre nationale Unabhängigkeit ringen.

Durch ihre Aktionen gegen die anglo-amerikanischen Imperialisten kämpfen die Werktätigen dieser Länder auch für die Beseitigung des Elends und der grauenhaften Existenzbedingungen, die zu einem bedeutenden Maße der jahrhundertelangen Herrschaft des ausländischen Imperialismus zuzuschreiben sind.

Um ihrer führenden Rolle in einer Einheitskampffront für die nationale Befreiung gerecht werden zu können, muß die Arbeiterklasse Ägyptens und des Sudans alle demokratischen Kräfte, alle Kräfte des Volkes um sich vereinen.

Die Gewerkschaftsorganisationen Ägyptens und des Sudans stehen vor der verantwortlichen Aufgabe, die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen, für die Gewerkschaftsrechte und -freiheiten und für eine Sozialgesetzgebung zu festigen und im Kampf für die Freiheit, die nationale Unabhängigkeit und den Frieden das Bündnis der Werktätigen mit den anderen Bevölkerungsschichten zu stärken.

Der Weltgewerkschaftsbund fordert die Gewerkschaftsorganisationen und die Werktätigen aller Länder auf, die Völker Ägyptens und des Sudans auf jede Weise zu unterstützen in ihrem gerechten Kampf für Freiheit und nationale Unabhängigkeit, im Kampf gegen den anglo-amerikanischen Imperialismus, der dadurch, daß er das Gebiet dieser Länder besetzt hält und ihnen aggressive Bündnisse (den Mittelmeerpakt, ein vereinigtes Militärkommando und dergleichen mehr) aufzwingt, den Weltfrieden bedroht.

Der Weltgewerkschaftsbund brandmarkt die Handlungsweise der britischen Armee, die die ägyptischen Werktätigen in der Suezkanalzone mit Waffengewalt zwingt, für die englischen Imperialisten zu arbeiten.

Der WGB pflichtet dem Beschluß der Zweiten Tagung des Weltfriedensrates zur Frage des Nahen und Mittleren Ostens durchaus bei und fordert die unverzügliche Zurücknahme aller ausländischen Truppen aus Ägypten und dem Sudan.

Brief an die Internationale Konföderation freier Gewerkschaften

An V. TEWSON, Vorsitzenden der Internationalen Konföderation freier Gewerkschaften

An G. OLDENBROEK, Generalsekretär

Werte Herren!

Im Juli d. J. ließ Ihnen das in Wien zusammengetretene Exekutivbüro des WGB den Vorschlag zugehen, eine Zusammenkunft zu organisieren, um Vorschläge über ein gemeinsames Eintreten für die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Werktätigen zu erörtern. Sie haben uns mit einem Telegramm geantwortet, das gröbliche Verleumdungen gegen den WGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften enthielt. Unseren eigentlichen Vorschlag haben Sie wohlweislich mit Schweigen übergangen. Der WGB-Generalrat hat sich mit Ihrem Telegramm befaßt, und wir wollen vor allem auf die darin enthaltenen Insinuationen antworten.

Sie behaupten, die Probleme, vor denen die Werktätigen stehen, durchaus allein lösen zu können, ohne unsere „Einmischung". Die Tatsachen beweisen, daß Ihre Anmaßungen völlig ungerechtfertigt sind. Sie haben sich hauptsächlich aus zwei Gründen außerstande erwiesen, diese Probleme zu lösen: erstens, weil Sie nicht kühn und entschlossen für die Interessen der Arbeiter eintreten, und zweitens, weil Sie die Arbeiter spalten, statt sie zu vereinigen, und dadurch die Kräfte der Werktätigen schwächen.

Dies wird auch dadurch bewiesen, daß die Ihrer Organisation angehörenden Werktätigen, wenn sie ihre Aufgaben manchmal wenigstens teilweise lösen, dies ohne Sie und meistens im Kampf gegen Sie tun.

Sie fragen uns, warum wir nichts für die Mitglieder unserer Gewerkschaften in den angeblich „kommunistisch kontrollierten" Ländern täten.

Wenn Sie damit die freien Länder der Volksdemokratie meinen, so sind wir bereit, Ihnen darauf zu antworten. Die Volkswirtschaft dieser Länder ist in raschem Aufstieg begriffen. Die Arbeitslosigkeit ist dort vollständig beseitigt, das Lebensniveau der Werktätigen steigt ununterbrochen, ebenso wächst der Reallohn der Arbeiter und Angestellten.

Dank der vorfristigen Erfüllung des Fünfjahrplans für den Wiederaufbau und die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft ist das Lebens-

niveau des Sowjetvolkes bedeutend gestiegen. In den Nachkriegsjahren sind die Preise für Industriewaren und Lebensmittel im Lande viermal herabgesetzt worden. Die Gesamteinkünfte der Arbeiter und Angestellten sowie der Bauern waren 1950 um 62 Prozent höher als im Vorkriegsjahr 1940. Auch gegenwärtig wird der Volkswirtschaftsplan der UdSSR erfolgreich erfüllt.

Was Ihre Behauptung über angebliche „Konzentrationslager" und „Zwangsarbeitslager" in diesen Ländern angeht, so ist dies eine Erdichtung der imperialistischen Propaganda. Herr Tewson, Sie waren selbst 1946 und 1947 in der Sowjetunion und in der Tschechoslowakei. Damals erklärten Sie, den Gewerkschaften dieser Länder gegenüber freundschaftliche Empfindungen zu hegen. Andere führende Funktionäre Ihrer Konföderation haben nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich erklärt, daß die Gewerkschaften dieser Länder Gewaltiges für die Werktätigen leisten. Wir fordern Sie auf, beispielsweise in den Bericht der von James Carey geführten CIO-Delegation über deren Besuch in der Sowjetunion im Jahre 1945 Einsicht zu nehmen. Wir wollen Ihnen einige Stellen aus diesem Bericht und aus dem von dem Vorsitzenden des CIO, Philip Murray, verfaßten Vorwort zu ihm in Erinnerung rufen.

Herr Murray schrieb im Vorwort zu dem erwähnten Bericht:

„Ich betrachte diesen Bericht als ein Dokument, das nicht nur für die amerikanischen Arbeiter, sondern darüber hinaus für alle, die die Wahrheit über die Sowjetgewerkschaften erfahren und zur Freundschaft sowie zum gegenseitigen Verständnis der Völker beitragen wollen, von erstrangiger Bedeutung ist."

Der Bericht enthält eine Erklärung Careys auf einer Pressekonfernz, worin es heißt:

„... Besonderen Eindruck machte auf uns der bewundernswerte Heroismus des Volkes, das trotz unbeschreiblicher Schwierigkeiten die Nazis im Vorfeld seiner großen Städte zum Stehen brachte und damit half, den Gang des ganzen Krieges zugunsten der alliierten Nationen zu ändern. Uns graute beim Anblick der kolossalen Verheerungen, die die Nazis angerichtet haben, aber wir waren erfüllt von größter Bewunderung angesichts der Entschlossenheit und der einmütigen Bemühungen des Volkes, die schon in bedeutendem Maße zum Wiederaufbau beigetragen haben und in Zukunft viel für die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen erwarten lassen." Und ferner: „Als Gewerkschaftsfunktionäre lenkten wir selbstverständlich besondere Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit der sowjetischen Gewerkschaften. Ihre Sorge für die Interessen der Arbeiter wie auch ihre großartige und rückhaltlose Teilnahme an der Erringung des Sieges im Krieg und an der Lösung der Aufgaben des Wiederaufbaus haben uns tief beeindruckt. Wir nahmen auch mit Genugtuung zur Kenntnis, was sie auf dem Gebiet der materiellen Besserstellung der Werktätigen wie auch

zur Verbesserung des ihnen unterstellten allumfassenden Systems der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge leisten. Alles, was wir gesehen haben, macht uns noch stolzer darauf, daß wir durch den Weltgewerkschaftsbund mit dieser großen Gewerkschaftsbewegung verbunden sind."

So schrieb J. Carey 1945, als das Sowjetvolk eben erst an die Erfüllung des großartigen Plans für den Wiederaufbau und die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft seines von den nazistischen Eindringlingen verwüsteten Landes gegangen war.

Das hindert J. Carey jedoch nicht, jetzt das direkte Gegenteil zu behaupten.

Über die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Sowjetunion hätten Sie sich an Hand von Berichten der englischen Arbeiterdelegationen informieren können, die die UdSSR 1950 und 1951 besuchten und zumeist aus Mitgliedern der Labourpartei bestanden; an Hand der Berichte amerikanischer Gewerkschaftsfunktionäre, die 1951 als Vertreter von CIO- und AFL-Verbänden wie auch von unabhängigen Gewerkschaften der USA in der Sowjetunion weilten; schließlich auch an Hand der zahlreichen Berichte anderer ausländischer Arbeiterdelegationen, die unbehindert durch den nur in der Phantasie der Kriegstreiber vorhandenen „eisernen Vorhang" alljährlich in die Sowjetunion kommen.

Alle aufrichtigen, objektiven und loyalen Beobachter kommen zu dem gleichen unanfechtbaren Schluß: die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie verbessern sich mit jedem Jahr; die Gewerkschaften dieser Länder leisten tatsächlich Großes für ihre Mitglieder.

Sie haben Ihre Unzufriedenheit damit zum Ausdruck gebracht, daß in der Zeitschrift des WGB und in der Presse unserer Gewerkschaftsorganisationen an Ihrer Tätigkeit Kritik geübt wird. Sie sind auch damit unzufrieden, daß die Werktätigen Sie der Unterstützung der imperialistischen Aggressionspläne, der Weigerung, für die Lebensinteressen der Werktätigen einzutreten, und der Ausführung von Befehlen der imperialistischen Regierungen anklagen.

Sie hätten beweisen müssen, daß diese Kritik falsch ist, doch tun Sie dies nicht. Im Gegenteil, Sie geben selber zu, daß Sie eine unpopuläre Rolle spielen.

So enthielt das Aprilheft der Zeitschrift Ihrer Organisation einen Artikel, in dem George Meany, ein führender Funktionär der „Internationalen Konföderation freier Gewerkschaften", auf das unter Leitung der USA zur Durchführung kommende Rüstungsprogramm einging und dabei insbesondere folgendes erklärte:

„... Wir werden genötigt sein, die von uns vertretenen Werktätigen zu zwingen, sich mit einer sehr strengen Kontrolle einverstanden zu

erklären, für die wir die Verantwortung übernehmen. Wir werden ihnen sagen müssen, daß sie nicht den Lohn und die Arbeitsbedingungen erhalten können, auf die sie Anspruch erheben und zu denen sie sich berechtigt glauben. In gewisser Hinsicht werden wir Agenten zur Durchführung von Regierungsverordnungen werden müssen. Aber wir sind bereit, diese unpopuläre Rolle zu übernehmen."

Sie berufen sich in Ihrem Telegramm auf Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der sogenannten kommunistischen Aggression in Korea, doch ist dies wiederum nichts anderes als Unterstützung der verbrecherischen Intervention der USA-Imperialisten gegen das koreanische Volk. Sie werden den Werktätigen nicht weismachen können, daß sich die amerikanischen und anderen imperialistischen Armeen tausende Kilometer von ihren Grenzen entfernt gegen „kommunistische Aggressoren" „verteidigen". Die Volksarmee Koreas kämpft für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Heimatlandes, und die chinesischen Freiwilligen sind gezwungen, in Korea die Unantastbarkeit ihrer Grenzen zu verteidigen, die ständig von imperialistischen Interventen verletzt werden.

Sie fragen, aus welchem Grund wir die Gewerkschaften Jugoslawiens aus dem WGB ausgeschlossen hätten.

Es ist ganz klar, daß der WGB die Gewerkschaften Jugoslawiens niemals ausgeschlossen hat. Aus den leitenden Organen unseres Gewerkschaftsbundes wurden lediglich die faschistischen Elemente ausgeschlossen, deren Verbleiben in diesen Organen, wie Sie wissen, mit den Statuten des WGB unvereinbar ist. Auf den Tagungen des Exekutivkomitees und des Generalrats im November 1951 sind wahre Vertreter der jugoslawischen Werktätigen zu Mitgliedern der leitenden Organe des WGB gewählt worden.

Sie setzen sich für die jugoslawischen Faschisten ein, verschweigen aber die Tatsache, daß die Führer des zu ihrer Organisation gehörenden CIO elf Gewerkschaften ausgeschlossen haben. Die reaktionären Führer der jugoslawischen Gewerkschaften begünstigen eine Politik, die die Werktätigen im Elend hält, und Sie machen sich zu ihren Fürsprechern. Die elf Gewerkschaften haben sich gegen die arbeiterfeindliche Politik der USA-Regierung ausgesprochen, sie sind für die lebenswichtigsten Forderungen ihrer Mitglieder eingetreten, und Sie haben ihren Ausschluß aus dem CIO gutgeheißen.

Hätten Sie die gegen die erwähnten amerikanischen Gewerkschaften gerichtete willkürliche Entscheidung verurteilt, so hätten Ihnen alle Werktätigen beigepflichtet; Ihr Eintreten für die Verräter an der jugoslawischen Arbeiterklasse ruft nur noch größeres Mißtrauen gegen Ihre Organisation hervor.

Sie erwähnen in Ihrem Telegramm den Staatsvertrag für Österreich. Im Widerspruch zur Wahrheit erkühnen Sie sich zu behaupten, dieses

Land werde von den sowjetischen Besatzungsbehörden ausgebeutet. In verbrecherischer Weise schweigen Sie über das Vorgehen der amerikanischen, englischen und französischen Okkupationsbehörden, die das Land remilitarisieren, die die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer unterstützen. Gerade diese reaktionäre Politik ist es, die die unerträgliche Last für alle Werktätigen Österreichs noch schwerer macht.

Wir sind bereit, an die Regierungen der interessierten Länder heranzutreten, um den Abschluß des österreichischen Staatsvertrags zu beschleunigen, und wir schlagen Ihnen vor, hierüber mit uns eine gemeinsame Erklärung abzugeben.

Wir schlagen Ihnen auch vor, sich gemeinsam mit uns bei den Regierungen der entsprechenden Länder für eine friedliche Regelung der Koreafrage einzusetzen.

Aber nicht diese Fragen hatten wir in unserem Telegramm vom 6. Juli 1951 aufgeworfen.

Die Lage der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern und besonders in den Kolonien ruft bei allen aufrichtigen Gewerkschaftsfunktionären berechtigte Unruhe hervor.

Können Sie etwa widerlegen, daß in Frankreich und in Italien das Lebensniveau der Werktätigen unaufhörlich sinkt (es genügt der Hinweis, daß gegen fünf Millionen italienische Werktätige arbeitslos sind und in Frankreich der Reallohn gegenüber 1947 um die Hälfte gesunken ist), daß in England (dessen Vertreter Sie, Herr Tewson, sind) die Preise für die wichtigsten Verbrauchsgüter systematisch steigen, die Steuern erhöht werden und der Lohn niemals mit der Teuerung Schritt hält?

Derartige Beispiele könnten auch für andere kapitalistische Länder beigebracht werden, darunter auch für die USA (worüber z. B. der Rechenschaftsbericht von W. Green an den Septemberkongreß der AFL charakteristische Geständnisse enthält).

Wir hatten Ihnen vorgeschlagen, gemeinsam Maßnahmen zur Bekämpfung der wachsenden Verelendung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern zu erörtern. Sie haben das jedoch mit einer heftigen Ablehnung beantwortet und Beweise unserer Aufrichtigkeit gefordert. Mit welchem Recht erkühnen Sie sich, solche Forderungen an eine Organisation zu stellen, die seit den ersten Tagen ihres Bestehens unwandelbar den Standpunkt der Einheit vertritt? Das ganze Wirken des WGB und der ihm angeschlossenen Organisationen bekräftigt, daß wir ein Recht hatten, unsern Vorschlag zu machen. Die Erfolge, die die französischen und italienischen Werktätigen in ihrem beharrlichen Kampf für die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Forderungen erringen, sind ein Ergebnis der Aktionseinheit aller Gewerkschaftsorganisationen dieser Länder. Und es ist kein Zufall, daß sich den Forderungen der CGT und der CGIL die christlichen, sozialistischen, autonomen und anderen Gewerkschaften

anschließen, darunter auch solche, die zur „Internationalen Konföderation freier Gewerkschaften" gehören.

Wenn sich der WGB an Ihre Organisation wendet, so ist dies ein neuer Beweis für sein aufrichtiges Streben nach Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaftsorganisationen, unabhängig von ihren politischen, religiösen und sonstigen Überzeugungen, zum Zweck eines wirksameren Kampfes für die Erfüllung der dringlichen Forderungen der Werktätigen.

Im Interesse einer Festigung der Einheit der Werktätigen schlagen wir Ihnen nochmals vor, gemeinsam mit uns für die dringlichen sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Werktätigen in den kapitalistischen, kolonialen und abhängigen Ländern einzutreten und ihnen im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen wirksame Hilfe zu leisten.

Sie haben unser gemeinsames Programm von 1945 angenommen. Es bleibt unser Programm und kann als Grundlage für die Vorbereitung gemeinsamer Aktionen aller Werktätigen der Welt dienen.

Antworten Sie positiv, so beweisen Sie damit, daß Sie wirklich bereit sind, unter der Parole „Brot, Frieden und Freiheit" zu kämpfen, denn es ist die Pflicht jeder Gewerkschaftsorganisation, für die lebenswichtigen Forderungen ihrer Mitglieder einzutreten.

Aus diesem Grunde erneuern wir trotz des Tons Ihres Telegramms unseren Vorschlag.

In Erwartung Ihrer Antwort

G. Di Vittorio,
Vorsitzender des WGB

Louis Saillant,
Generalsekretär

Wien, den 27. November 1951.

Die Verleihung der Internationalen Stalinpreise „Für die Festigung des Friedens zwischen den Völkern" für das Jahr 1951

Beschluß des Komitees für die Verleihung der Internationalen Stalinpreise „Für die Festigung des Friedens zwischen den Völkern"

Für hervorragende Verdienste im Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens wird nachstehenden Vertretern der demokratischen Kräfte verschiedener Länder der internationale Stalinpreis „Für die Festigung des Friedens zwischen den Völkern" verliehen:

1. **Kuo Mo Yo,** Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften;
2. **Pietro Nenni,** Parlamentsabgeordneter (Italien);
3. Professor **Ikuo Oyama,** Abgeordneter des japanischen Parlaments;
4. **Monica Felton** (England);
5. **Anna Seghers,** Schriftstellerin (Deutschland);
6. **Jorge Amado,** Schriftsteller (Brasilien).

Der Vorsitzende des Komitees:
D. W. Skobelzyn

Der stellvertretende Vorsitzende des Komitees:
Louis Aragon

Die Komiteemitglieder:

John Bernal (England); Pablo Neruda (Chile); Jan Dembowski (Polen); Mihail Sadoveanu (Rumänien); Martin Andersen Nexö (Dänemark); A. A. Fadejew (UdSSR); I. G. Ehrenburg (UdSSR).

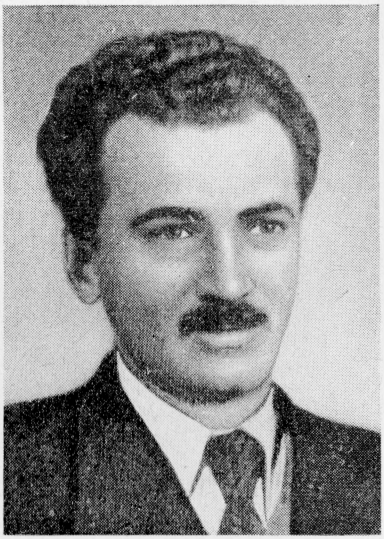
Kuo Mo Yo, Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften.

Pietro Nenni, Abgeordneter des italienischen Parlaments.

Professor Ikuo Oyama, Abgeordneter des japanischen Parlaments.

Monica Felton (England).

Anna Seghers,
Schriftstellerin (Deutschland).



Jorge Amadò,
brasilianischer Schriftsteller.

Sie wollen die Wahrheit hören über das Leben in der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie?

Das Sowjetische Informationszentrum vermittelt Ihnen Wissen über die Arbeit und die Menschen in der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie.

Das Sowjetische Informationszentrum dient der Freundschaft zwischen den Völkern und arbeitet für die Erhaltung des Friedens.

Besuchen Sie das Sowjetische Informationszentrum!

Wien IV, Treitlstraße 3

Gemütlicher Lesesaal

Reichhaltige Bibliothek mit fortschrittlicher Literatur und klassischen Werken der ganzen Welt.

Die neuesten und aktuellsten Zeitungen und Zeitschriften aus der Sowjetunion, den Ländern der Volksdemokratie, der Deutschen Demokratischen Republik sowie die fortschrittliche Presse Österreichs liegen auf.

Der Lesesaal ist täglich (außer Montag) von 11 bis 22 Uhr geöffnet.

Buchumtausch täglich (außer Montag) von 13 bis 20 Uhr.

Eintritt frei!

Unser Kino bietet ein reichhaltiges Programm.

Spitzenfilme aus der Sowjetunion, den Ländern der Volksdemokratie und der Deutschen Demokratischen Republik.

Kindervorstellungen dreimal in der Woche.

Populäre Sendungen der Russischen Stunde der RAVAG werden von hier übertragen!

Theateraufführungen und Kabarett.

Vorträge über das Leben in der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie, über wichtige Fragen der Arbeiterbewegung.

Monatlicher Kommentar zur internationalen Lage.

Bei Kinoveranstaltungen Eintritt 50 Groschen, bei Kindervorstellungen Eintritt frei.

Beachten Sie die Plakate des Sowjetischen Informationszentrums!

DIE BROSCHÜREN DES SOWJETISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

bieten den Lesern sachliche Aufklärung über die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen der Gegenwart

Wir verweisen auf folgende Ausgaben

Was ist der sozialistische Sowjetstaat?
Die Deutsche Demokratische Republik
Wir fordern den Frieden
Die sowjetische sozialistische Gesellschaft
Moskau—New York, Kontraste, die zu denken geben
Der Bankrott der Atomdiplomatie
Gegen den Atomtod
Auf wessen Seite steht ihr, Meister der Kultur?
Zu den Ereignissen in Korea, Dokumente und Tatsachen
Im Lande der Kubankosaken
Das höchste Gut ist der Mensch
Die Weltfriedensbewegung ist unbesiegbar
Der Mensch bezwingt die Natur
Wunderwerke unserer Epoche
Wiedersehen mit Moskau
Völker — Stalin — Frieden
Vom Hilfsarbeiter zum Bergwerksdirektor
Die freie und vollberechtigte Sowjetjugend
Zwei Welten — zwei Budgets
Ein großer Beitrag zum Frieden und zum Aufbau des Kommunismus
Das Sowjetvolk für den Friedenspakt der Großmächte
Der amerikanische Imperialismus — der ärgste Feind der Völker
Wie lebt der Stalin-Kolchos?
Wir haben die Wahrheit über die Sowjetunion kennengelernt

Lesen Sie selbst und bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil! Geben Sie die gelesenen Broschüren an Freunde und Bekannte weiter!

SOWJETISCHER INFORMATIONSDIENST
Wien I, Fichtegasse 10

Preis 40 Groschen

Druck: Globus II, Wien VI